

[36-8.doc]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Sehr geehrte Frau Vorsteherin,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es geht bei diesem Tagesordnungspunkt um den Klimaschutz durch Fernwärme für den Frankfurt Zoo, aber nicht nur. Wir haben den Tagesordnungspunkt zu diesem Antrag angemeldet, weil wir der Meinung sind, dass über das, was gestern auch in einer Pressekonferenz vor der Presse verkündet wurde, richtigerweise auch hier in diesem Hause gesprochen wird; denn es geht um die Politik für Frankfurt in den nächsten eineinhalb Jahren und darüber hinaus. Das gehört nach Auffassung der CDU-Fraktion auch hier ins Plenum.

Der Antrag ist aber durchaus ein gutes Symbol für das Paket und die wesentlichen Bestandteile, die gestern die regierende Koalition hier im Frankfurter Rathaus als ihr weiteres Programm für die nächsten eineinhalb Jahre vorgelegt hat. Der Klimaschutz spielt dabei eine sehr gewichtige Rolle. Frankfurt ist und bleibt für uns und nach unseren Vorstellungen eine nachhaltige Stadt.

(Beifall)

Das eignet sich möglicherweise als Gesamtüberschrift für das, was als „Bad Nauheim 2“ in der Zeitung titulierte war, und was ein ganzes Bündel von Maßnahmen, Entscheidungen und Richtungsvorgaben ist, die gestern nicht nur Vertreter des Magistrats, sondern eben auch Vertreter der Regierungsfractionen vorgestellt haben. Klar ist dabei auch - und das ist einer der Punkte, die es als positiv hervorzuheben gilt -, die Maßnahmen und Vorgaben, die jetzt von der Politik für die nächste Zeit gemacht werden, tragen auch einer insgesamt nicht einfachen finanziellen Haushaltssituation Rechnung. Ob es nun Cum-Cum-Geschäfte sind, ob es die Gewerbesteuerumlage ist, insgesamt ist Frankfurt zwar eine wohlhabende Stadt, und das gilt natürlich auch für die Jahre, die vor uns liegen; für die Ausgaben, für die wir die Verantwortung tragen, ist aber einzubeziehen, dass die Einnahmesituation immer wieder auch von Risiken geprägt ist. Wenn man wollte und sich diese Sache einfach machen würde, könnte man eine ganz lange Wunschliste beschließen, insbesondere vielleicht auch im Rahmen von Umwelt- und Klimaschutz. Aber es muss auch eine Liste sein, die realistisch ist, die wir bezahlen können, die die Stadt bezahlen kann und die die Frankfurterinnen und

Frankfurter bezahlen können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt und hat auch mit Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das Klimaallianzpaket, so hat es einen Namen gefunden, ist eine beachtliche Liste von etwa 30 Punkten, die wir zusammengetragen haben und die wir über die Sommerpause immer wieder erweitert haben. Sie ist davon geprägt, dass diese Vorgaben für die nächste Zeit hier in Frankfurt für die Politik und für die Stadt nicht nur ökologisches Verantwortungsbewusstsein zeigen, sondern eben auch die richtige Verbindung zu einer wirtschaftlichen Vertretbarkeit und damit zu Realismus. Frankfurt ist ambitioniert. Das Programm macht deutlich, wir wollen uns in die richtige Richtung verändern. Wir wollen auch die Proteste, die Sorgen und die Mahnungen, die in den letzten Wochen und Monaten nicht nur im Fernsehen, sondern auch hier in Frankfurt deutlich zu hören waren - gerade von den jüngeren Generationen -, die in den Ausschüssen auch klar artikuliert worden sind, in die Politik einbeziehen. Wir wollen schauen, an welcher Stelle wir die Politik vielleicht noch korrigieren müssen.

Dementsprechend gibt es eine Reihe von Maßnahmen. Ich möchte aber nur ein paar Stichworte nennen, weil sie entsprechende Bemerkungen verdienen. Der kommunale Kohleausstieg ist ein sehr wichtiger Schritt, den wir, etwa was das Heizkraftwerk West angeht, das von Steinkohle auf Gas umgestellt werden soll, vollziehen wollen. Diesen Schritt wollen wir aber auch bei der Stromversorgung der VGF vollziehen, die ebenfalls komplett auf nachhaltige Energiequellen umgestellt werden soll. Bei beiden haben wir uns engagierte, aber eben auch machbare und nicht fantastische Vorgaben gesetzt. 2025 ist unser Ziel. Gleichzeitig ist auch klar, dass die Umrüstung vom Heizkraftwerk West für das Unternehmen, das es betreibt und an dem die Stadt beteiligt ist, nur dann funktionieren kann, wenn eine entsprechende Mitfinanzierung durch das KWKG-Gesetz stattfindet.

Klimagerechte Stadtentwicklung: Da gibt es eine ganze Latte von Einzelaspekten, durch die das in der nächsten Zeit und natürlich, wenn es nach uns geht, dauerhaft in dieser Stadt sichergestellt wird. Der Ausbau des Fernwärmenetzes ist nur einer von den Punkten, die aus Sicht gerade der CDU-Fraktion den richtigen Weg darstellen. Eine kommunale CO₂-Bepreisung ist ebenfalls Gegenstand dieser Maßnahmen. Auch da haben wir uns Gedanken gemacht und uns bewusst dafür entschieden, dass wir sagen, es wird ein Frankfurter, ein kommunaler CO₂ Preis eingeführt und in Zukunft Berücksichtigung finden.

Nachhaltige Mobilitätsformen sollen in unterschiedlicher Weise unterstützt werden. Diesbezüglich war für uns klar, dass wir nicht spontan in der Sommerpause alle Maßnahmen final beschließen und sagen können, ab morgen wird es so und so gemacht. Eine Reihe von Prüfaufträgen ist naturgemäß

dabei. Die Idee steht am Anfang, und ob es in Frankfurt gemacht werden kann, in welchem Umfang, wie es funktioniert, muss zum Teil dann auch der Magistrat erst noch mit dieser Zielvorgabe prüfen und erarbeiten.

Aber es wird auch handfeste, im Alltag erkennbare Veränderungen in dieser Stadt geben. Ob es zusätzlich gepflanzte Bäume sind, ob es Brauchwassernutzung ist; das sind alles Maßnahmen, die in der Summe dazu beitragen werden, dass wir in dieser Stadt beim Thema Klimaschutz, und damit meine ich weit über Frankfurts Grenzen hinaus, mit sehr gutem Beispiel vorangehen und auch hoffen, dass andere Städte und Gemeinden uns dabei folgen.

(Beifall)

Nachhaltigkeit ist aber nicht nur ökologisches Verantwortungsbewusstsein und wirtschaftliche Vertretbarkeit, sondern es ist auch ein starker sozialer Aspekt nach dem Motto „Schwache fördern, Starke fordern“. Das ist übrigens auch immer ein Grundprinzip der CDU gewesen und eines, weswegen ich dieser Partei beigetreten bin. Das macht sich in dieser Stadt bei verschiedenen sozialen Maßnahmen, die wir jetzt weiterentwickeln und die wir anpassen, die wir modern halten, bemerkbar. Das betrifft zum einen den Frankfurt-Pass, der angepasst wird, was die Einkommensgrenze angeht. Dabei gibt es einen sozial gebotenen Inflationsausgleich, es gibt eine unbürokratische Anpassung, eine pragmatische Anpassung; aber es gibt eben keine Geschenke, die verteilt werden für Menschen, die sie nicht brauchen. Ähnlich ist es auch beim Kultur- und Freizeitticket. Uns ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche leichte Teilhabe haben; nicht nur am Schwimmbad, sondern eben auch an Kultur- und Freizeiteinrichtungen sonstiger Art. Aber ganz ehrlich, man muss ja auch sagen, es gibt keinen Grund, etwa gut verdienenden Familien hier noch etwas als Geschenk hinterherzutragen, was bei anderen Familien, die bedürftig sind, recht und billig ist. Das wäre eine Luxusmaßnahme. Das ist etwas, was wir als CDU auch unter sozialer Gerechtigkeit verstehen, dass wir eben schauen, wer es braucht, soll es bekommen. Die Schwachen soll man fördern, aber die Starken kann man auch fordern. Ganz ehrlich, eine Überforderung kann es auch nicht sein, wenn wir sagen, gut verdienende Familien können das gleiche Kultur- und Freizeitticket für 29 Euro im Jahr erwerben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Gießkanne kann nicht das richtige Prinzip sein.

(Beifall)

Soziale Gerechtigkeit ist auch etwas, was uns beim Thema Baulandentwicklung in der Koalition verbindet und jetzt auch zu einer gemeinsamen Lösung geführt hat beim sogenannten „Baulandbeschluss“. Damit wird einerseits etwa eine Angleichung an die Situation in München herbeigeführt, wo unter anderem auch festgeschrieben ist, dass zwar zwei Drittel von dem, was an Wertgewinn stattfindet durch neues Baurecht, das ein Bauherr von der Stadt erhält, von der Stadt im Rahmen der Vereinbarung abgeschöpft werden dürfen für Infrastrukturmaßnahmen, für soziale Maßnahmen, die dann auch für die zukünftige Wohnbevölkerung wiederum von Nutzen sind; wo man aber gleichzeitig sagt, es steht auch fest, dass etwa ein Drittel dem Investor verbleiben kann. Wir haben uns dabei hier in Frankfurt auf eine sehr gute Mischung verständigt, dass nämlich neben 30 Prozent gefördertem Wohnungsbau, 15 Prozent gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnprojekten und 15 Prozent für freifinanzierte Mietwohnungen auch noch zehn Prozent für preisreduzierte Eigentumswohnungen vorzusehen sind. Denn wir wollen hier in Frankfurt alle halten, die hier wohnen. Dazu gehören auch junge Familien, die derzeit ins Umland abwandern, weil sie sich in Frankfurt kein Haus leisten können.

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Dr. Renate Wolter-Brandecker

Herr Dr. Kößler, Ihre Redezeit ist leider zu Ende.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

(fortfahrend)

Ja, mein Programm aber auch, und deswegen danke ich für die Aufmerksamkeit und stelle fest, dass der Baulandbeschluss versucht, allen wichtigen Anliegen Rechnung zu tragen.

Vielen Dank!

(Beifall)